

CHRISTOPH HERRMANN

Währungshoheit,  
Währungsverfassung und  
subjektive Rechte

*Jus Publicum*

187

---

**Mohr Siebeck**

JUS PUBLICUM  
Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 187





Christoph Herrmann

Währungshoheit,  
Währungsverfassung  
und subjektive Rechte

Mohr Siebeck

*Christoph Herrmann*, geboren 1973; Studium der Rechtswissenschaften mit wirtschaftswissenschaftlicher Zusatzausbildung in Bayreuth, Masterstudium im europäischen und internationalen Wirtschaftsrecht in London; Promotion zum Dr. jur. in Bayreuth (2002); Referendariat in Bayreuth, Brüssel, München und Speyer; 2001–2009 Wiss. Mitarbeiter bzw. Assistent von Prof. Dr. Rudolf Streinz in Bayreuth und München; 2009 Habilitation in München und Ruf an die Universität Passau; seit Juni 2009 Inhaber des Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht, Europarecht, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht, Passau.

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Geld und Währung, Frankfurt a.M.

e-ISBN PDF 978-3-16-151268-1

ISBN 978-3-16-150008-4

ISSN 0941-0503 (Jus Publicum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2010 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond Antiqua gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

## Vorwort

Im September 2008 brach mit dem Konkurs von Lehman Brothers die (bisher) schärfste Phase der im Jahr 2007 in den Vereinigten Staaten von Amerika begonnenen Finanzkrise aus. Seither werden unser Wissen darüber, wie Finanzmärkte funktionieren, und unsere Überzeugung davon, wie sie organisiert und reguliert werden sollten, täglich aufs Neue geprüft und infrage gestellt. Das vorliegende Werk ist kein Buch zur Finanzkrise und will es auch nicht sein. Es wurde konzipiert und geschrieben als Lehman Brothers noch eine der erfolgreichsten und größten Investmentbanken der Welt war. Es handelt in seinem Kern nicht von Kredit oder von innovativen Finanzprodukten. Ungeachtet dessen versucht es – ganz ohne krisenhaften Anlass – die geltende Währungsordnung zu hinterfragen.

Die Arbeit wurde im Wintersemester 2008/09 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Habilitationsschrift angenommen. Mein Dank gilt an erster Stelle meinem akademischen Lehrer, Herrn Prof. Dr. Rudolf Streinz, ohne dessen jahrelange Unterstützung, Ermutigung und Freistellung von anderen Dingen diese Arbeit nicht in Angriff genommen und gewiss nicht vollendet worden wäre. Er war und ist im besten Sinne gelebte wissenschaftliche Freiheit! Besonders zu Dank verpflichtet bin ich darüber hinaus Herrn Prof. Dr. Peter M. Huber für die Übernahme und zügige Abfassung des Zweitgutachtens. Der Stiftung Geld und Währung gilt mein herzlicher Dank für die unbürokratische und schnelle Gewährung eines Druckkostenzuschusses, die das Erscheinen des Buches erst möglich gemacht hat. Ein Großteil der Arbeit entstand während eines einjährigen Forschungsaufenthaltes am Europäischen Hochschulinstitut, Florenz. Das Institut, die dortigen Professoren, Bibliotheks- und Verwaltungsmitarbeiter sowie Kollegen haben mich in vielerlei Hinsicht unterstützt, wofür ich ebenfalls herzlich danke. Dankbarkeit empfinde ich auch für zahlreiche Diskussionen mit den Kollegen an der LMU München und für daraus gewonnene Gedanken und Anregungen. Meiner Sekretärin, Frau Liane Dobler sowie meinen studentischen Hilfskräften, Frau Anna Hofmann, Herrn Johannes Wedekind und Herrn Albert-Alexander Link bin ich für die Unterstützung bei der Vorbereitung der Druckfassung sehr dankbar. Alle verbliebenen Fehler sind selbstverständlich meine alleinige Verantwortung.

Meiner geliebten Frau, Lea Herrmann-Reichold, danke ich für ihre geduldige Unterstützung und stete Aufmunterung sowie für ihre Bereitschaft, vor allem

während der Endphase der Arbeit auf Vieles zu verzichten. Schlussendlich gilt mein unendlicher Dank meiner Mutter, Frau Dr. med. Brigitte Herrmann, geb. Stothfang, ohne deren jahrzehntelange Aufopferung und Fürsorge ich niemals eine einzige Zeile hätte schreiben können. Ihr und meinem viel zu früh verstorbenen Vater, Dr. med. Johannes-Friedrich Herrmann, ist diese Arbeit gewidmet.

Das Manuskript ist im Kern auf dem Stand April 2009. Einzelne Entwicklungen konnten noch bis zum Sommer 2009 berücksichtigt werden. Eine Umstellung auf den am 1. 12. 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon war im Rahmen der letzten Druckfahnenkorrektur nicht mehr möglich. Die amtlichen Konkordanztabellen des Vertrags von Lissabon sind im Anhang abgedruckt.

Passau, im November 2009

Christoph W. Herrmann

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
Teil 1. Problemstellung . . . . .	1
Teil 2. Interdisziplinäre Grundlagen des Geldwesens. . . . .	7
A. Geschichte des Geld- und Währungswesens . . . . .	7
I. Erste Anfänge der Entstehung von „Geld“ – Naturalgüter als allgemeine Tauschmittel . . . . .	7
II. Die Entstehung des Metallgelds . . . . .	10
III. Die Entstehung des Münzgeldes und staatlicher Währungen	11
IV. Buchgeld und Banknoten. . . . .	17
V. Zentralbanken, staatliche Papierwährungen und das Ende des Metallismus . . . . .	19
VI. Die Virtualisierung des Geldes im Informationszeitalter. . . . .	21
B. Ideengeschichte des Geldes . . . . .	23
I. Geld im Denken Platons und Aristoteles. . . . .	24
II. Die Fortentwicklung der aristotelischen Geldlehre in der Scholastik . . . . .	26
III. Die Entstehung der ökonomischen Geldtheorie in der Neuzeit. . . . .	27
IV. Geldlehre jenseits des Metallismus: Geld im Denken des 20. Jahrhunderts. . . . .	30
C. Grundlagen der ökonomischen Theorie von Geld und Währung. . . . .	39
I. Relevanz ökonomischer Grundlagen für die rechtliche Befassung mit Geld . . . . .	39
II. Funktionaler Geldbegriff der Ökonomie. . . . .	40



III. Geldschöpfung, Geldmenge und Geldangebot . . . . .	42
IV. Geldnachfrage . . . . .	45
V. Grundzüge der Geldpolitik . . . . .	47
VI. Grundzüge der Währungstheorie und Währungspolitik . . .	50
VII. Theorie optimaler Währungsräume . . . . .	52
VIII. Geldpolitik und Fiskalpolitik . . . . .	53
D. Geldreformbewegungen . . . . .	53
I. Freigeld und Regionalgeld . . . . .	54
II. Bankfreiheit und Entnationalisierung des Geldes . . . . .	56
III. Wiedereinführung einer Goldwährung. . . . .	58
E. Juristischer Geld- und Währungsbegriff. . . . .	59
I. Notwendigkeit eines juristischen Geld- und Währungsbegriffs . . . . .	59
II. Geltungstheorien des Geldes. . . . .	62
III. Geldfunktionen und juristische Begriffsbildung. . . . .	68
IV. Annahmewang als konstitutives Merkmal des rechtlichen Geldbegriffs? . . . . .	70
V. Gegenständlicher Geldbegriff und Buchgeld. . . . .	71
VI. Institutioneller Geldbegriff . . . . .	72
VII. Der Begriff der Währung. . . . .	73
F. Zwischenfazit . . . . .	74
I. Das Wesen des Geldes als Realphänomen. . . . .	74
II. Geld als übertragbare Werteinheit mit Verkehrsgeltung . . .	76
III. Währung als geschlossenes organisiertes Geldsystem und ideelle Grundeinheit . . . . .	78
Teil 3. Die Währungshoheit . . . . .	81
A. Souveränität und Hoheitsgewalt als Kernbegriffe eines verfassten Gemeinwesens . . . . .	81
I. Entstehung des Souveränitätskonzepts . . . . .	81
II. Dimensionen des Souveränitätskonzepts . . . . .	83
III. Verständnis der Souveränität in der zeitgenössischen Rechtswissenschaft . . . . .	87
IV. (Ver)schwinden der Souveränität des Staates in der post- westfälischen Konstellation? . . . . .	90
B. Bedingungen, Ausprägungen und Inhalt der Währungshoheit . . .	97
I. Staatliche Herrschaftsgewalt und Geld . . . . .	97
II. Die Währungshoheit des modernen Nationalstaates . . . . .	99

III. Völkerrechtliche Folgen der Währungshoheit . . . . .	103
IV. Elemente der Währungshoheit. . . . .	104
V. Währungshoheit in der Wirtschafts- und Währungsunion. .	116
Teil 4. Die Währungsverfassung . . . . .	121
A. Zum Begriff der Verfassung . . . . .	121
I. Entstehung und Wandel der Verfassungsidee. . . . .	121
II. Verfassung als rechtliche Grundordnung des Gemeinwesens	123
III. Formelle und materielle Verfassung . . . . .	124
IV. Verfassung als Gesellschaftsvertrag . . . . .	125
V. Die Freiheit des Individuums als Geltungsgrund, Legitimationsimperativ und unverzichtbarer Verfassungsinhalt . . . . .	129
VI. Europäisches Gemeinschaftsrecht und Völkerrecht als Nebenverfassungen . . . . .	130
B. Geld und Währung als Gegenstand der Verfassung. . . . .	133
I. Zum Begriff der Wirtschaftsverfassung. . . . .	133
II. Die Währungsverfassung als Teil der Wirtschaftsverfassung.	143
C. Grundzüge der geltenden Währungsverfassung. . . . .	150
I. Die deutsche und europäische Währungsverfassung . . . . .	150
II. Fragmente einer internationalen Währungsverfassung . . . . .	244
Teil 5. Subjektive Rechte in der Währungsverfassung . . . . .	267
A. Begriff und Funktion subjektiver Rechte im modernen Verfassungsstaat . . . . .	268
I. Begriff des „subjektiven Rechts“. . . . .	268
II. Funktion subjektiver Rechte im Verfassungsstaat . . . . .	270
III. Subjektive Rechte aus der Perspektive der ökonomischen Verfassungstheorie . . . . .	271
IV. Entstehungsvoraussetzungen subjektiver Rechte . . . . .	282
B. Subjektivrechtlicher Schutz geld- und währungsrechtlicher Individualinteressen in der geltenden Währungsverfassung . . . . .	288
I. Subjektive Interessen hinsichtlich Geld und Währung . . . . .	288
II. Subjektivrechtlicher Schutz der währungsrechtlichen Individualinteressen. . . . .	294

Teil 6. Zusammenfassung . . . . .	381
Nachwort . . . . .	401
Literaturverzeichnis . . . . .	403
Anhang – Amtliche Übereinstimmungstabellen nach Artikel 5 des Vertrags von Lissabon . . . . .	437
Personen- und Sachregister . . . . .	463

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
Teil 1. Problemstellung . . . . .	1
Teil 2. Interdisziplinäre Grundlagen des Geldwesens. . . . .	7
A. Geschichte des Geld- und Währungswesens . . . . .	7
I. Erste Anfänge der Entstehung von „Geld“ – Naturalgüter als allgemeine Tauschmittel . . . . .	7
II. Die Entstehung des Metallgelds . . . . .	10
III. Die Entstehung des Münzgeldes und staatlicher Währungen	11
1. Die Erfindung der Münze . . . . .	11
2. Der attische Silberstandard . . . . .	12
3. Das Münzwesen im antiken Rom. . . . .	13
4. Das Münzwesen im Übergang zum Mittelalter . . . . .	13
5. Das Münzwesen im mittelalterlichen und neuzeitlichen Zentraleuropa. . . . .	14
IV. Buchgeld und Banknoten. . . . .	17
V. Zentralbanken, staatliche Papierwährungen und das Ende des Metallismus . . . . .	19
VI. Die Virtualisierung des Geldes im Informationszeitalter. . . . .	21
B. Ideengeschichte des Geldes . . . . .	23
I. Geld im Denken Platons und Aristoteles . . . . .	24
II. Die Fortentwicklung der aristotelischen Geldlehre in der Scholastik . . . . .	26
III. Die Entstehung der ökonomischen Geldtheorie in der Neuzeit. . . . .	27
1. Quantitäts- und Tauschmitteltheorie. . . . .	27
2. Geld und Kredit . . . . .	27

IV. Geldlehre jenseits des Metallismus: Geld im Denken des 20. Jahrhunderts . . . . .	30
1. Simmel: Philosophie des Geldes . . . . .	30
2. Knapp: Staatliche Theorie des Geldes . . . . .	31
3. Weber: Geld als Waffe im Kampf der Interessen . . . . .	33
4. Schumpeter: Geld als Rechenpfennig. . . . .	34
5. Keynesianismus und Monetarismus im 20. Jahrhundert . . . . .	35
C. Grundlagen der ökonomischen Theorie von Geld und Währung . . . . .	39
I. Relevanz ökonomischer Grundlagen für die rechtliche Befassung mit Geld . . . . .	39
II. Funktionaler Geldbegriff der Ökonomie. . . . .	40
III. Geldschöpfung, Geldmenge und Geldangebot. . . . .	42
1. Geldschöpfung durch Zentralbank und Geschäftsbanken. . . . .	42
2. Der Begriff der Geldmenge . . . . .	43
3. Die Höhe des Geldangebots. . . . .	44
IV. Geldnachfrage . . . . .	45
V. Grundzüge der Geldpolitik . . . . .	47
1. Ziele und Strategien der Geldpolitik . . . . .	47
2. Instrumente der Geldpolitik . . . . .	48
VI. Grundzüge der Währungstheorie und Währungspolitik . . . . .	50
VII. Theorie optimaler Währungsräume . . . . .	52
VIII. Geldpolitik und Fiskalpolitik . . . . .	53
D. Geldreformbewegungen . . . . .	53
I. Freigeld und Regionalgeld . . . . .	54
II. Bankfreiheit und Entnationalisierung des Geldes . . . . .	56
III. Wiedereinführung einer Goldwährung. . . . .	58
E. Juristischer Geld- und Währungsbegriff. . . . .	59
I. Notwendigkeit eines juristischen Geld- und Währungsbegriffs . . . . .	59
II. Geltungstheorien des Geldes. . . . .	62
1. Gesellschaftliche Theorie . . . . .	62
2. Staatliche Theorie. . . . .	64
3. Institutionelle Theorie . . . . .	66
III. Geldfunktionen und juristische Begriffsbildung. . . . .	68
IV. Annahmewang als konstitutives Merkmal des rechtlichen Geldbegriffs? . . . . .	70
V. Gegenständlicher Geldbegriff und Buchgeld. . . . .	71
VI. Institutioneller Geldbegriff . . . . .	72
VII. Der Begriff der Währung. . . . .	73

F. Zwischenfazit . . . . .	74
I. Das Wesen des Geldes als Realphänomen. . . . .	74
II. Geld als übertragbare Werteinheit mit Verkehrsgeltung . . .	76
III. Währung als geschlossenes organisiertes Geldsystem und ideelle Grundeinheit . . . . .	78
Teil 3. Die Währungshoheit . . . . .	81
A. Souveränität und Hoheitsgewalt als Kernbegriffe eines verfassten Gemeinwesens . . . . .	81
I. Entstehung des Souveränitätskonzepts . . . . .	81
1. Die rechtliche Souveränitätskonzeption Jean Bodins. . . .	81
2. Absolute Souveränität nach Hobbes . . . . .	83
II. Dimensionen des Souveränitätskonzepts . . . . .	83
1. Staats-, Organ- und Volkssouveränität. . . . .	83
2. Innere und äußere Souveränität . . . . .	84
3. Souveränität und Legitimität . . . . .	85
III. Verständnis der Souveränität in der zeitgenössischen Rechtswissenschaft . . . . .	87
1. Der Souveränitätsbegriff des Völkerrechts. . . . .	87
2. Der Souveränitätsbegriff des Verfassungsrechts. . . . .	89
3. Politische Souveränität. . . . .	90
IV. (Ver)schwinden der Souveränität des Staates in der post- westfälischen Konstellation? . . . . .	90
1. Souveränität, Globalisierung und Konstitutionalisierung des Völkerrechts . . . . .	90
2. Souveränität und Europäische Integration. . . . .	95
B. Bedingungen, Ausprägungen und Inhalt der Währungshoheit . . .	97
I. Staatliche Herrschaftsgewalt und Geld . . . . .	97
II. Die Währungshoheit des modernen Nationalstaates . . . . .	99
III. Völkerrechtliche Folgen der Währungshoheit . . . . .	103
IV. Elemente der Währungshoheit. . . . .	104
1. Währungshoheit als Verbindung von Souveränität und Währung . . . . .	104
2. Beispiele aus der Praxis . . . . .	105
a) Alliierte Währungsreform (1948). . . . .	105
b) Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) . . . . .	106
c) Völkerrechtliche Verträge . . . . .	109
(1) Deutsch-Französischer Vertrag zur Regelung der Saarfrage (1956) . . . . .	109
(2) Währungsvertrag Liechtenstein – Schweiz (1980). . .	110

(3) Deutsche Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (1990). . . . .	111
(4) Europäische Währungsverträge (2001/2002) . . . . .	112
3. Definitionen der Währungshoheit im Schrifttum. . . . .	113
4. Stellungnahme . . . . .	115
V. Währungshoheit in der Wirtschafts- und Währungsunion. . . . .	116
1. „Übertragung“ der Währungshoheit durch die Teilnehmerstaaten der Eurozone . . . . .	116
2. Träger der Währungshoheit in der Eurozone . . . . .	118
3. Unumkehrbarkeit der Übertragung . . . . .	120
Teil 4. Die Währungsverfassung . . . . .	121
A. Zum Begriff der Verfassung . . . . .	121
I. Entstehung und Wandel der Verfassungsidee. . . . .	121
II. Verfassung als rechtliche Grundordnung des Gemeinwesens	123
III. Formelle und materielle Verfassung. . . . .	124
IV. Verfassung als Gesellschaftsvertrag . . . . .	125
V. Die Freiheit des Individuums als Geltungsgrund, Legitimationsimperativ und unverzichtbarer Verfassungsinhalt . . . . .	129
VI. Europäisches Gemeinschaftsrecht und Völkerrecht als Nebenverfassungen . . . . .	130
B. Geld und Währung als Gegenstand der Verfassung. . . . .	133
I. Zum Begriff der Wirtschaftsverfassung. . . . .	133
1. Die rechtlichen Grundentscheidungen über die Wirtschaftsordnung als „Wirtschaftsverfassung“. . . . .	133
2. Der Streit um die Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes . . . . .	135
3. Der Binnenmarkt als Wirtschaftsverfassung der EU. . . . .	138
4. Fragmente einer internationalen Wirtschaftsverfassung . . . . .	139
II. Die Währungsverfassung als Teil der Wirtschaftsverfassung.	143
1. Geld als Institution marktwirtschaftlicher Ordnung. . . . .	143
2. Geld und Währung als Verfassungsfragen. . . . .	144
3. Währungsverfassung als rechtliche Grundordnung des Geldwesens . . . . .	147
4. Grundelemente der Währungsverfassung . . . . .	148
5. Funktionen der Währungsverfassung . . . . .	149
C. Grundzüge der geltenden Währungsverfassung. . . . .	150
I. Die deutsche und europäische Währungsverfassung . . . . .	150

1. Historische Entwicklung . . . . .	150
a) Die Entstehung der Währungsverfassung im Deutschen Reich . . . . .	150
(1) Die Reform des Münzwesens . . . . .	150
(2) Die Reform des Notenbank- und Papiergeldwesens . . . . .	151
b) Der Übergang zur reinen Papiergeldwahrung . . . . .	155
c) Devisenbewirtschaftung ab Beginn des Ersten Weltkriegs . . . . .	155
d) Der Verfall der Währungsverfassung zu Beginn der Weimarer Republik . . . . .	157
e) Die Stabilisierung der deutschen Währungsverfassung durch die Rentenmark 1923 . . . . .	158
f) Die Aufwertungsfrage . . . . .	160
g) Die Einführung der Reichsmark 1924 . . . . .	161
h) Young-Plan, Weltwirtschaftskrise 1929 und Bankenkrise 1931 . . . . .	163
i) Die deutsche Währungsverfassung während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft . . . . .	165
(1) Stellung der Reichsbank . . . . .	166
(2) Reichsgesetz über das Kreditwesen . . . . .	167
(3) Devisengesetz . . . . .	168
j) Die alliierte Neukonstruktion der deutschen Währungsverfassung nach dem Zweiten Weltkrieg . . . . .	169
(1) Zusammenbruch des Wirtschaftslebens mit Kriegsende . . . . .	169
(2) Zusammenbruch und Wiedererrichtung des Banksystems 1945–1948 . . . . .	170
(3) Mark-gleich-Mark-Gesetz . . . . .	171
(4) Währungsreform 1948 . . . . .	171
(a) Wahrungsgesetz . . . . .	172
(b) Emissionsgesetz . . . . .	173
(c) Umstellungsgesetz . . . . .	173
(d) Festkontogesetz . . . . .	174
(5) Devisenbewirtschaftung . . . . .	174
(6) Struktur der Bankaufsicht und Dekonzentration des Bankwesens . . . . .	175
k) Grundzüge der bundesdeutschen Währungsverfassung von 1949 bis 1999 . . . . .	176
(1) Fortgeltung von Rechtsakten im Wahrungswesen . . . . .	176
(2) Die Deutsche Mark als Rechnungseinheit und gesetzliches Zahlungsmittel . . . . .	177



(3) Gründung, Organisation und Rechtsstellung der Deutschen Bundesbank . . . . .	178
(4) Die Unabhängigkeit der Bundesbank. . . . .	181
(5) Preisstabilität und gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht als währungsverfassungsrechtliche Zielvorgaben. . . . .	183
(6) Die Offenheit der deutschen Währungsverfassung .	186
(a) Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit . . . . .	186
(b) Wechselkursregelung für die Deutsche Mark . .	189
(7) Die Regulierung des Bankwesens in der Bundesrepublik . . . . .	191
l) Die Europäisierung der deutschen Währungsverfassung und die Ablösung der Deutschen Mark durch den Euro	195
(1) Vorläufer der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. . . . .	195
(a) Die Errichtung der Europäischen Zahlungsunion . . . . .	195
(b) Das Europäische Währungsabkommen . . . . .	197
(c) Währungsimplicationen des Europäischen Integrationsprogramms . . . . .	198
(d) Währungsbestimmungen im EWG-Vertrag von 1957 . . . . .	199
(e) Entwicklung der gemeinschaftlichen Währungspolitik bis zum Zusammenbruch des Festkurssystems von Bretton Woods . . . . .	201
(f) Europäische Wechselkurspolitik unter den Bedingungen flottierender Wechselkurse: Werner Plan, „Wechselkursschlange“ und Europäisches Währungssystem. . . . .	202
(2) Die stufenweise Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion. . . . .	210
(a) Die Kapitalverkehrsrichtlinie und der Delors-Report . . . . .	210
(b) Die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion . . . . .	212
(c) Die Verankerung der Wirtschafts- und Währungsunion im EG-Vertrag durch den Vertrag von Maastricht . . . . .	212
(d) Die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion . . . . .	213
(e) Die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion und die Einführung des Euro .	214

(f) Ergänzende deutsche Rechtssetzung im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion. . . . .	218
2. Die Währungsverfassung der Europäischen Union. . . . .	218
a) Die Eurozone als Teilintegrationsgemeinschaft innerhalb der Europäischen Union . . . . .	218
(1) Einheitlichkeit und Flexibilität im Unionsrecht. . . . .	218
(2) Die rechtliche Stellung der „Outs“ . . . . .	220
(3) Die Beziehung zwischen Eurozone und „Outs“ . . . . .	222
b) Der Euro als Währungseinheit und gesetzliches Zahlungsmittel der Eurozone . . . . .	224
c) Die Preisstabilität als „Grundnorm“ der europäischen Währungsverfassung . . . . .	226
d) Die EZB als Monopolnotenbank der Eurozone . . . . .	228
e) Das Eurosystem als unabhängiges föderales Zentralbanksystem der Eurozone. . . . .	229
f) Kreditverbot und Verschuldungsgrenzen als fiskalische Absicherungen der Währungsverfassung . . . . .	232
(1) Verbot der monetären Finanzierung und des bevorrechtigten Zugangs zu Finanzinstitutionen . . . . .	232
(2) Verbot übermäßiger Defizite und der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ . . . . .	233
g) Die Offenheit der Europäischen Währungsverfassung. . . . .	237
h) Die grundlegende Rechtsstellung von Kreditinstituten in der Europäischen Union . . . . .	241
II. Fragmente einer internationalen Währungsverfassung . . . . .	244
1. Geld und Währung als Problem zwischenstaatlicher Kooperation. . . . .	244
2. Historische Entwicklung der internationalen Währungsverfassung. . . . .	245
3. Grundelemente der internationalen Währungsverfassung. . . . .	248
a) Institutionen der internationalen Währungsverfassung . . . . .	248
(1) Der Internationale Währungsfonds (IWF). . . . .	248
(2) Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich . . . . .	250
b) Die Freiheit des grenzüberschreitenden Zahlungs- verkehrs als „Grundnorm“ der internationalen Währungsverfassung . . . . .	250
(1) Zahlungsverkehrsfreiheit als Hauptpflicht des IWF-Abkommens . . . . .	250
(2) Welthandelsrechtliche Absicherung der Zahlungsverkehrsfreiheit . . . . .	251
(3) Zahlungsverkehr liberalisierung im Rahmen der OECD . . . . .	253

c) Eingeschränkte Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	253
(1) Fehlende Kapitalverkehrsfreiheit im IWF- Abkommen . . . . .	253
(2) Kapitalverkehrsfreiheit in der OECD, im GATS und im Investitionsschutzrecht . . . . .	254
d) Vorschriften über die Wechselkurspolitik . . . . .	256
(1) Wahlfreiheit betreffend das Wechselkursregime. . .	256
(2) Verbot der „Wechselkursmanipulation“ . . . . .	257
(3) Überwachung der Wechselkurse durch den IWF . .	258
(4) WTO-rechtliche Schranken der Wechselkurspolitik?	259
e) Ansätze internationaler Bankenregulierung. . . . .	260
(1) Marktzugangsrechte im Finanzdienstleistungs- bereich . . . . .	260
(a) GATS-Regelungen für Finanzdienstleistungen.	260
(b) Spezifische Verpflichtungen der WTO-Mitglieder im Finanzdienstleistungsbereich . . . . .	262
(2) Internationales Bankaufsichtsrecht . . . . .	263
Teil 5. Subjektive Rechte in der Währungsverfassung . . . . .	267
A. Begriff und Funktion subjektiver Rechte im modernen Verfassungsstaat . . . . .	268
I. Begriff des „subjektiven Rechts“. . . . .	268
II. Funktion subjektiver Rechte im Verfassungsstaat . . . . .	270
III. Subjektive Rechte aus der Perspektive der ökonomischen Verfassungstheorie . . . . .	271
1. Ökonomische Analyse des Rechts – Ökonomische Rechtstheorie . . . . .	271
2. Rechtswissenschaftliche Kritik der ökonomischen Rechtstheorie . . . . .	273
3. Ökonomische Verfassungstheorie als Zweig der ökonomischen Rechtstheorie . . . . .	275
a) Begriff und Erkenntnisinteresse der ökonomischen Verfassungstheorie . . . . .	275
b) Der Neo-Kontraktualismus der ökonomischen Verfassungstheorie . . . . .	276
(1) Neo-Kontraktualismus und evolutorische ökonomische Verfassungstheorie . . . . .	276
(2) Das analytische Modell des Neo-Kontraktualismus	277
(3) Annahmen über den Urzustand, das Individuum und seine Präferenzen: der hypothetische Vertragsschluss . . . . .	279

4. Bedeutung subjektiver Rechte in der vertragstheoretischen „Idealverfassung“ . . . . .	281
IV. Entstehungsvoraussetzungen subjektiver Rechte . . . . .	282
1. Die Schutznormtheorie . . . . .	282
2. Grundrechte und subjektive öffentliche Rechte. . . . .	283
3. Entstehungsvoraussetzungen subjektiver Rechte im Europäischen Unionsrecht und Völkerrecht . . . . .	285
a) Subjektive Rechte und unmittelbare Wirkung des Unionsrechts . . . . .	285
b) Völkerrecht als Grundlage subjektiver Rechte. . . . .	287
B. Subjektivrechtlicher Schutz geld- und währungsrechtlicher Individualinteressen in der geltenden Währungsverfassung . . . . .	288
I. Subjektive Interessen hinsichtlich Geld und Währung . . . . .	288
1. Geldfunktionen und Individualinteressen. . . . .	288
2. Die einzelnen Individualinteressen am Geld . . . . .	289
a) Tauschmittelfunktion und Individualinteressen. . . . .	289
b) Wertaufbewahrungsfunktion und Individualinteressen . . . . .	291
c) Wertmaßstabfunktion und Individualinteressen . . . . .	293
d) Zwischenfazit: Währungsrechtliche Individualinteressen . . . . .	294
II. Subjektivrechtlicher Schutz der währungsrechtlichen Individualinteressen. . . . .	294
1. Geldangebots- und Geldwahlfreiheit. . . . .	294
a) Rechtliche Ausgestaltung der Geldangebotsfreiheit. . . . .	294
(1) Subjektivrechtlicher Anknüpfungspunkt: Berufsfreiheit . . . . .	294
(a) Schutzbereich des Art. 12 Abs.1 GG. . . . .	294
(b) Anwendungsbereich und Schutzbereich der unionsrechtlichen Berufs- und Unternehmerfreiheit . . . . .	297
(i) Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte . . . . .	297
(ii) Schutzbereich der Berufs- und Unternehmerfreiheit im Unionsrecht . . . . .	299
(c) Europarechtliche und wirtschaftsvölkerrechtliche Komplementierungen der grundrechtlichen Berufsfreiheit . . . . .	300
(d) Zwischenfazit. . . . .	302
(2) Beschränkungen der Berufsfreiheit durch das staatliche Notenausgabemonopol und die Festlegung eines gesetzlichen Zahlungsmittels . . . . .	302

(a)	Rechtliche Regelungen, die das Anbieten privater Währungen rechtlich und faktisch ausschließen	302
(i)	Gesetzliches Währungsmonopol als Eingriff in die Geldangebotsfreiheit. . . . .	302
(ii)	Beschränkungen der Bargeldschöpfung in der Eurozone. . . . .	303
(iii)	Exkurs: Gemeinschaftsrechtliche Zulässigkeit von § 35 BBankG . . . . .	308
(iv)	Beschränkung der Buchgeld- und E-Geld-Schöpfung . . . . .	309
(b)	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Beschränkungen der Geldangebotsfreiheit . . .	312
b)	Rechtliche Ausgestaltung der Geldwahlfreiheit . . . .	314
(1)	Subjektivrechtlicher Anknüpfungspunkt: Allgemeine Handlungsfreiheit . . . . .	314
(2)	Beschränkung der Allgemeinen Handlungsfreiheit durch die Festlegung eines gesetzlichen Zahlungsmittels. . . . .	314
(i)	Der Euro als „gesetzliches Zahlungsmittel“	314
(ii)	Annahmezwang als konstitutives Element des gesetzlichen Zahlungsmittels . . . . .	315
(iii)	Ausgestaltung und Folgen des Annahmezwangs . . . . .	315
(iv)	Zulässigkeit des Ausweichens auf Fremdwährungen . . . . .	317
c)	Beschränkung der Geldangebots- und Geldwahlfreiheit durch die marktbeherrschende Stellung staatlicher Institutionen als Geldanbieter und Geldnachfrager. . .	320
d)	Würdigung . . . . .	320
(1)	Alternativvorschläge „freiheitlicherer“ Geldverfassungen. . . . .	321
(2)	Ausgestaltungsmöglichkeiten alternativer Geldverfassungen. . . . .	323
(a)	Grundsätzliche Formen von Währungskonkurrenz . . . . .	323
(b)	Währungswettbewerb auf der Grundlage einheitlicher Werteinheiten . . . . .	324
(c)	Währungskonkurrenz ohne gemeinsame Werteinheit . . . . .	326
(3)	Höhere Konsensfähigkeit alternativer Geldverfassungen infolge größerer Freiheitsgewährleistung?. . . . .	328

2. Wertschutzinteresse . . . . .	331
a) Geldwert und Inflation. . . . .	331
b) Geldwert im Recht: Das Nominalwertprinzip . . . . .	334
c) Rechtliche Sicherungsmöglichkeiten der Kaufkraft. . . . .	336
(1) Objektivrechtlicher Rahmen der Geldwertsicherung . . . . .	336
(2) Subjektivrechtliche Elemente: Kaufkraft und Eigentumsgewährleistung . . . . .	338
(a) Die Kaufkraft des Geldes im Schutzbereich der Eigentumsgarantie . . . . .	338
(i) Überblick. . . . .	338
(ii) Die Diskussion um ein „Grundrecht auf Preisstabilität“ im Schrifttum . . . . .	338
(iii) Die Haltung des Bundesverfassungsgericht . . . . .	342
(iv) Die Rspr. des EGMR zu Art. 1 Zusatzprotokoll . . . . .	343
(v) Stellungnahme . . . . .	345
(b) Staatliche Eingriffe in den Geldwert . . . . .	349
(c) Rechtfertigung staatlicher Eingriffe in den Geldwert . . . . .	351
(3) <i>Exkurs</i> : Außenwert der Währung und Eigentumsgarantie . . . . .	352
(4) Individualvertragliche Absicherungen gegen Kaufkraftverluste: Indexierungsfreiheit . . . . .	353
(a) Überblick . . . . .	353
(b) Zulässigkeit von Wertsicherungsklauseln vor Einführung des Euro: § 3 S.2 WährG . . . . .	355
(i) Inhalt und Zweck des § 3 S.2 WährG . . . . .	355
(ii) Die Verfassungsmäßigkeit des § 3 S.2 WährG . . . . .	356
(c) Zulässigkeit von Wertsicherungsklauseln nach Einführung des Euro . . . . .	357
(i) Die Aufhebung des § 3 WährG und die Nachfolgeregelung im Preisangaben- und Preisklauselgesetz 1998 . . . . .	357
(ii) Die Regelung im Preisklauselgesetz vom 7. September 2007 . . . . .	358
(iii) Unionsrechtliche Zulässigkeit der Regelung . . . . .	359
(d) Wertsicherung und EMRK . . . . .	361
d) Würdigung . . . . .	361
3. Geldfluchtfreiheit. . . . .	363
a) Bedeutung der Geldfluchtfreiheit. . . . .	363

b) Rechtliche Ausgestaltung der Geldfluchtfreiheit . . . . .	365
(1) Zuständigkeitsverteilung für Devisenverkehrs- beschränkungen. . . . .	365
(2) Normative Anknüpfungspunkte der Geldfluchtfreiheit. . . . .	366
(a) Einfachgesetzliche Ausgestaltung durch das AWG . . . . .	366
(b) Grundrechtliche Absicherung der Kapital- verkehrsfreiheit. . . . .	367
(c) Unionsrechtliche Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	368
(d) Wirtschaftsvölkerrechtliche Ergänzung? . . . . .	371
(3) Schranken der Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	371
(a) Schranken der Kapitalverkehrsfreiheit nach dem Grundgesetz . . . . .	371
(b) Schranken der unionsrechtlichen Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	372
(i) Aufrechterhaltung bestehender Beschränkungen im Verkehr mit Drittstaaten (Art. 57 EGV) . . . . .	372
(ii) Einzelstaatliche Beschränkungen (Art. 58 EGV) und zwingende Erfordernisse . . . . .	374
(iii) Schutzmaßnahmen der Union (Art. 59 EGV) . . . . .	375
(iv) Maßnahmen aufgrund von GASP-Aktionen (Art. 60 EGV) . . . . .	377
(v) Beschränkungen des Bargeldtransfers zum Zweck der Geldwäschebekämpfung. . . . .	378
c) Würdigung . . . . .	378
Teil 6. Zusammenfassung . . . . .	381
Nachwort . . . . .	401
Literaturverzeichnis . . . . .	403
Anhang – Amtliche Übereinstimmungstabellen nach Artikel 5 des Vertrags von Lissabon . . . . .	437
Personen- und Sachregister . . . . .	463

# Abkürzungsverzeichnis

a.	am
A. A.	Anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt
ABIAHK	Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a. d.	an der
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alter Fassung
ATG	American International Group, Inc.
AJIL	American Journal of International Law
Anm.	Anmerkung
Anm. d. Verf.	Anmerkung des Verfassers
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
Art.	Artikel
arts.	articles
ASIL	American Society of International Law
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWD	Außenwirtschaftsdienst
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AWV	Außenwirtschaftsverordnung
Az.	Aktenzeichen
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BankG	Bankengesetz
BAnz.	Bundesanzeiger
BausparkassenG	Gesetz über Bausparkassen
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Betriebsberater
BBankG	Gesetz über die Deutsche Bundesbank
Bd.	Band
BDGW	Bundesvereinigung Deutscher Geld- und Wertdienste
BdL	Bank deutscher Länder
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt



BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BIS	Bank for International Settlements
BITs	Bilateral Investment Treaties
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
Bl. f.	Blätter für
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BulleU	Bulletin der Europäischen Union
Bull. Breg.	Bulletin der Bundesregierung
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CMLRev.	Common Market Law Review
CR	Computer und Recht
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe/dieselben
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DM	Deutsche Mark
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DStR	Deutsches Steuerrecht
dt.	deutsch
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
€	Euro
EA	Europa-Archiv
ebd.	ebenda
EC	electronic cash/European Community
ECB	European Central Bank
ECHR	European Court of Human Rights
ECOFIN	Economic and Financial Affairs Council
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament
ECU	European Currency Unit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFARev.	European Foreign Affairs Review
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EFWZ	Europäischer Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einf.	Einführung
EIoP	European Integration online Papers
ELRev.	European Law Review
EmissionsG	Zweites Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Emissionsgesetz)
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EMU	Economic and Monetary Union
E. N. E. L.	Ente nazionale per l'energia elettrica
engl.	englisch
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
ERT	Elliniki Radiophonia Tileorassi
ESCB	European System of Central Banks
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
ESZB	Euopäisches Sytem der Zentralbanken
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EUI	European University Institute
EuR	Europarecht
EuroEG	Gesetz zur Einführung des Euro
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e.V.	eingetragener Verein
EvStL	Evangelisches Staatslexikon
EVV	Vertrag über eine Verfassung für Europa
EWA	Europäisches Währungsabkommen
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWI	Europäisches Währungsinstitut
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EWU	Europäische Währungsunion
EZB	Europäische Zentralbank
EZU	Europäische Zahlungsunion
f./ff.	folgende
FAS	Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FestkontoG	Viertes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Festkontoggesetz)
FinDAG	Gesetz über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
G	Gesetz

G7	Gruppe der sieben führenden Industrienationen
G10	Gruppe der zehn führenden Industrienationen
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
Geschäftsnr.	Geschäftsnummer
Ges. f.	Gesellschaft für
GewA	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GR	Grundrechte
gr.	Gramm
GS	Gedächtnisschrift
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HdB	Handbuch
HdBGR	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa
HdBStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HdBVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung
HGB	Handelsgesetzbuch
HwB/HdWB	Handwörterbuch
HdWW	Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
hrsgg.	herausgegeben
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
HypothekbankG	Hypothekbankgesetz
HZA	Hauptzollamt
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
i. d. F.	in der Fassung
i. d. F. d.	in der Fassung des
IGH	Internationaler Gerichtshof
IGHE	Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes
i. H. v.	in Höhe von
IMF	International Monetary Fund
i. e.	id est
i. e. S.	im engeren Sinne
i. S.	im Sinne
ITO	International Trade Organization
i. V. m.	in Verbindung mit
IWF	Internationaler Währungsfonds
JA	Juristische Arbeitsblätter
JbNPÖ	Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie
Jh.	Jahrhundert
JEIA	Joint Export Import Agency

JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JWT	Journal of World Trade
JZ	Juristenzeitung
KAGG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften
Kap.	Kapitel
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LET	Local Exchange Trading
LG	Landgericht
LIEI	Legal Issues of Economic Integration
lit.	Buchstabe
Lsbl./Losebl.	Loseblatt
Lsbl.-Slg.	Loseblattsammlung
Ltd.	Limited Company
LZB	Landeszentralbank
max.	maximal
MedVO	Verordnung über die Herstellung und den Vertrieb von Medaillen und Marken
Mio.	Million
MMR	Multimedia und Recht
m. Nachw.	mit Nachweisen
Mrd.	Milliarde
m. w. Nachw.	mit weiteren Nachweisen
MünzG	Münzgesetz
Nachw.	Nachweise
n. Chr.	nach Christus
N. C. J. Int'l L. & Com. Reg	North Carolina Journal of International Law and Commercial Regulation
n. F.	neuer Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	Number
Nos.	Numbers
Nr.	Nummer
Nrn.	Nummern
N. V.	Naamloze Vennootschap
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OEEC	Organisation for European Economic Co-operation
OeNBG	Bundesgesetz über die Oesterreichische Nationalbank
Officomex	Office du Commerce Extérieur
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung
OLAF	Organisation européenne de lutte anti-fraude
OLG	Oberlandesgericht
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft

OVG	Oberverwaltungsgericht
ÖVGH	Österreichischer Verwaltungsgerechtshof
PangV	Preisangabenverordnung
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PersBfG	Personenbeförderungsgesetz
Ph.D.	Philosophiae Doctor
PIN	Public Information Notice
PKW	Personenkraftwagen
Preisangaben- und PreisklauselG/ PaPkG	Preisangaben- und Preisklauselgesetz
Preuß.	Preußisch
PrivatnotenbankG	Privatnotenbankgesetz
PrKG	Preisklauselgesetz
PrKV	Preisklauselverordnung
Prot.	Protokoll
RdC	Recueil des Cours
ReichskassenscheinG	Reichskassenscheingesetz
RG	Reichsgericht
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RKWG	Reichsgesetz über das Kreditwesen
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RSCAS	Robert Schuman Centre for Advanced Studies
Rspr.	Rechtsprechung
RTGS	Real Time Gross Settlement
s.	siehe
S.	Seite/Satz
XXX	Dollar
SaarV	Deutsch-französischer Vertrag zur Regelung der Saarfrage
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SEPA	Single European Payments Area
Slg.	Sammlung (der Rechtsprechung des EuGH)
sog.	sogenannt(e)
Sp.	Spalte
SPICe	Scottish Parliament Information Centre
Spiegelstr.	Spiegelstrich
StGB	Strafgesetzbuch
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
StIGHGE	Entscheidungen des Ständigen Internationalen Gerichtshofes
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StWG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
SVN	Satzung (Charta) der Vereinten Nationen

SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
TARGET	Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System
TRIPS	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
u. a.	unter anderem/und andere
UAbs.	Unterabsatz
UmstG	Drittes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz)
UN	United Nations
Urt. v.	Urteil vom
US	United States
USA	United States of America
v.	von
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen
v. Chr.	vor Christus
verb. Rs.	verbundene Rechtssachen
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vorb./Vorbem.	Vorbemerkung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WährG	Erstes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Alliiertes Währungsgesetz)
WährVCHLie	Währungsvertrag zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft
WKM	Wechselkursmechanismus
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WRV	Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 (Weimarer Reichsverfassung)
WTO	World Trade Organization
WVRK	Wiener Konvention über das Recht der Verträge
WWSU	Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
YEL	Yearbook of European Law